



**c./o. Mariam Ghazi**  
Westring 16  
50389 Wesseling  
Tel. 0178/4 12 59 93

Aktiv.Gemeinsam.Sozial. c/o. Mariam Ghazi  
Westring 16, 50389 Wesseling

Frau  
Raja Mostafa  
Vorsitzende des Integrationsrates  
Westring 24  
50389 Wesseling

Wesseling, 15.12.2014

**Antrag zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen in Wesseling“**

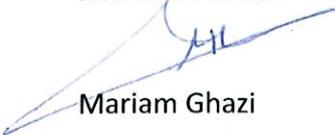
Sehr geehrte Frau Mostafa,  
liebe Raja,

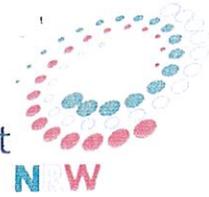
im Namen der Liste Aktiv.Gemeinsam.Sozial. (AGS) bitte ich um Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Unterbringung von Flüchtlingen in Wesseling“.

Wir möchten sprechen über das Positionspapier des Landesintegrationsrates (s. Anlage) und folgende Fragen:

- Interkulturelle Schulungen für das Betreuungspersonal
- Erhöhung des Personals mit Migrationshintergrund
- Mindestraumgröße in den Unterkünften
- Betreuungsangebote für Kinder
- Psychologische Betreuung traumatisierter Flüchtlinge
- Angebot von Deutsch- und Integrationskursen
- Informationsangebot für Flüchtlinge
- Unterstützung und Beratung der Flüchtlinge auch mit der Geschäftsstelle des Integrationsrates

Herzliche Grüße

  
Mariam Ghazi



## „Wir müssen zeigen, dass wir es mit unseren Werten und Überzeugungen ernst meinen“ – Erst recht in Bezug auf Flüchtlinge!

Positionspapier des Landesintegrationsrates NRW vom 7. Oktober 2014

Die Feierlichkeiten anlässlich des deutschen Nationalfeiertags, dem Tag der Deutschen Einheit, erinnern alljährlich an die Bedeutung der historischen Ereignisse, die Ende der 1980er Jahre zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 geführt haben. „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Weltoffenheit, Toleranz und Menschenrechte“, sind die Werte, die wir mit der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten verbinden, wie die Bundeskanzlerin zum Festakt in Hannover dieses Jahr betonte. Dass „sie uns wahrlich nicht von allein erhalten bleiben“, wie Frau Merkel weiter feststellte, wird uns derzeit mit aller Deutlichkeit schmerzhaft vor Augen geführt. Was uns in Nordrhein-Westfalen seit einigen Tagen beschäftigt sind massive Verletzungen eben dieser Werte, von denen wir behaupten, dass sie für unser gemeinsames Leben in Deutschland konstitutiv sind.

In privat betriebenen Unterkünften für Asylbewerber in NRW wurden Flüchtlinge durch Sicherheitspersonal misshandelt. Die Vorwürfe gehen soweit, dass bei einigen Vorfällen nur von Folter gesprochen werden kann. Jüngste Berichte werfen dem Sicherheitsdienst European Homecare, der die Unterkünfte betrieb, vor, von den Misshandlungen gewusst, Strafmaßnahmen sogar angeordnet zu haben.

Seit Bekanntwerden der Vorfälle ist das Land in Aufruhr. Die Medien berichten täglich, im Landtag NRW kam das Thema am 2. Oktober auf die Tagesordnung. In Zukunft sollen die Qualitätsstandards in den Flüchtlingsunterkünften in NRW eingehalten werden, versprach Innenminister Ralf Jäger in der Plenarsitzung. Derartige Übergriffe dürften sich nicht wiederholen. Selbstverständlich ist es richtig, Maßnahmen zu treffen, wie ein Kooperationsverbot mit Subunternehmern für die Sicherung der Unterkünfte auszusprechen und mehr Kontrollen einzusetzen, damit Schutzbefohlene sich nie wieder Misshandlungen ausgesetzt sehen. Die Diskussion um Qualitätsstandards in Flüchtlingsunterkünften sollte aber unabhängig von solchen Vorfällen geführt werden, denn Misshandlungen und Folter sind weitaus mehr als nur die Nichteinhaltung von Standards. Diese sind seit längerem und bekanntermaßen in weiten Teilen des Landes katastrophal. Vielerorts ist die Unterbringungssituation geprägt von räumlicher Enge, hygienischen Missständen und der Abwesenheit von Privatsphäre.

Im Juli dieses Jahres wies der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen in einer Stellungnahme an das Innenministerium NRW darauf hin, dass es dringend geboten ist, menschenwürdige Unterbringung für die Asylbewerber in unserem Land sicherzustellen. Dabei unterstrich der Landesintegrationsrat NRW die Bedeutung interkulturell geschulten Personals in den Unterkünften und empfahl eine dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen. Weiter sprach sich der Landesintegrationsrat NRW für eine landesweite Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden aus.

Diese scheint mehr als geboten. Denn die Meldungen über die schockierenden Vorfälle in den Flüchtlingsunterkünften kommen in einer Zeit, in der Asylbewerber verstärkt mit Ablehnung zu kämpfen haben. Die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlinge steigt an. Untersuchungen von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung belegen, dass durchschnittlich fünf Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Monat stattfinden. Auf einer Informationsveranstaltung in Duisburg-Neumühl zur Nutzung des St.-Barbara-Hospitals als künftige Asylbewerberunterkunft Ende September kam es zu fremdenfeindlichen Krawallen. Vielerorts stoßen die Kommunen auf massiven Widerstand der Anwohner, wenn eine Flüchtlingsunterkunft in Planung ist.

Wir werden diese Unterkünfte brauchen. Immer mehr Menschen aus den Krisenregionen der Welt kommen zu uns und brauchen Schutz. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, für ein reiches Land wie Deutschland eine geringe finanzielle Belastung darstellt. Während nach Deutschland in diesem Jahr bislang lediglich gut 100.000 Menschen geflohen sind, suchen die meisten in den angrenzenden Regionen zu ihren Heimatorten Schutz. So hat die Türkei beispielsweise innerhalb weniger Tage weitaus mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, insgesamt sind bereits ca. 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge ins Land gekommen.

Europas Antworten auf die Not der Menschen, die aus ihrem Elend fliehen, sind beschämend. Der 3. Oktober ist nicht nur der Tag der Deutschen Einheit, er ist auch der Jahrestag eines sehr traurigen Ereignisses. Vor genau einem Jahr sank vor der Küste Lampedusas ein Boot mit Flüchtlingen, mehr als 360 Menschen ertranken. Leider ist diese Tragödie nur eine von vielen, die sich fast täglich auf dem Mittelmeer abspielen. Auch in diesem Jahr sind bereits unzählige Menschen vor der Küste Europas ertrunken, mindestens 23.000 seit dem Jahr 2000.

Ein Wandel in der Flüchtlingspolitik ist notwendig, wenn Europa, wenn Deutschland seinen humanitären Aufgaben nachkommen will. Leider fallen die Reaktionen der Politik auf die steigende Zahl der Asylbewerber und gesellschaftliche Ressentiments restriktiv aus. Im September stimmte der

Bundesrat einem Gesetz zu, das Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten einstuft. Die Erweiterung der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ bedeutet eine massive Verschärfung des Asylrechts in Deutschland und erinnert an die frühen 1990er Jahre, als die Bundespolitik mit dem sogenannten „Asylkompromiss“ auf die hohe Zahl der Roma-Flüchtlinge nach Zerfall des Ostblocks und die heftigen Übergriffe auf Asylbewerberheime und rassistischen Gewaltverbrechen reagierte. Auch damals wurden die Werte der noch jungen vereinten Bundesrepublik verletzt, als fremdenfeindlichen Stimmungen in der Bevölkerung nachgegeben und Gesetze auf Kosten der Schutzsuchenden erlassen wurden. Die dramatische Verschärfung des Asylrechts von 1992/1993, welche das Prinzip der sicheren Drittstaaten einführt, beeinflusste das Leben aller Migranten in Deutschland nachhaltig. Es sei an dieser Stelle an die rechtsextremen (Mord)Anschläge von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen erinnert, aber auch an die Mordserie und Attentate des NSU-Trios in den 2000er Jahren. Die rassistischen Gewaltakte fanden vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Debatten um Einwanderung, später insbesondere auf die Gruppe muslimischer Migranten abzielend, statt. Und während dieser Tage die Empörung über die Misshandlungen in Flüchtlingsunterkünften groß ist, versucht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Kirchenasyl, das Flüchtlinge in Deutschland davor bewahren kann, in einen anderen EU-Staat abgeschoben zu werden, den Boden zu entziehen.

Wieder einmal tut sich nun ein Abgrund auf zwischen den Werten, für die wir stehen wollen und den Werten, die wir leben. Dass die Bundeskanzlerin bei ihrer Rede zum Festakt anlässlich des Tags der Deutschen Einheit auch auf die Misshandlungen in den Asylunterkünften in NRW zu sprechen kam, ist ein wichtiges Zeichen. Wir müssen „zeigen, dass wir es mit unseren Werten und Überzeugungen ernst meinen“, sagte die Kanzlerin mit Nachdruck. Das kann nur bedeuten, dass wir alles daran setzen, um Vorurteile und rassistische Einstellungen in der Gesellschaft abzubauen. Dafür brauchen wir mehr Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit durch die Politik. Wir müssen Flüchtlinge in die Mitte der Gesellschaft aufnehmen, statt sie zu isolieren. Hierfür gibt es bereits zahlreiche Nachbarschaftsinitiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort, die Anerkennung verdient haben. Die Kommunen dürfen mit der gestiegenen Zahl der Flüchtlinge nicht allein gelassen werden und erfolgreich praktizierte alternative Konzepte der Flüchtlingsunterbringung – so beispielsweise in Leverkusen und Münster – müssen zur Nachahmung empfohlen werden. Wenn wir für eine Willkommensgesellschaft stehen wollen, wie der Innenminister von Nordrhein-Westfalen Ralf Jäger betonte, dann müssen wir es mit unseren Werten tatsächlich ernst meinen und unseren Worten Taten folgen lassen.